

Antrag

der Abg. Ramazan Selcuk u. a. SPD

Nutzung und Auswirkungen von Freelancing- und Online-Outsourcing-Plattformen

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. ob das Land direkt oder durch Unternehmen mit Landesbeteiligung bzw. Landesbetriebe Freelancing- oder Online-Outsourcing-Plattformen nutzt oder in der Vergangenheit genutzt hat;
2. ob ihr bekannt ist, in welchen anderen Ländern wie viele Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter über solche Plattformen beschäftigt werden oder wurden;
3. wenn Ziffer 1 bejaht wird, durch wen und in welchen Bereichen und Ländern diese beschäftigt sind oder waren;
4. ob sie Kenntnisse hat, ob durch solche Plattformen Arbeitsplätze in Baden-Württemberg ersetzt wurden oder in Zukunft ersetzt werden können und welche Maßnahmen ggf. ergriffen werden sollen, um Arbeitsplatzverluste in Baden-Württemberg zu verhindern;
5. ob die Landesregierung Regelungsbedarf auf Landes- oder Bundesebene bezüglich solcher Plattformen sieht und ob sie diesbezüglich Initiativen plant;
6. wie die Landesregierung zu Forderungen auch der Gewerkschaften steht, die Arbeitsbedingungen von Crowdworkern zu verbessern und hierfür beispielsweise das Betriebsverfassungsgesetz anzupassen.

23.11.2018

Selcuk, Dr. Weirauch, Binder, Gall, Born, Dr. Fulst-Blei, Wölfle SPD

Begründung

Freelancing- oder Online-Outsourcing-Plattformen gewinnen zunehmend an Bedeutung. Immer mehr Tätigkeiten können online angeboten und ausgelagert werden. Es stellt sich die Frage, ob auch das Land oder Unternehmen mit Landesbeteiligung bzw. Landesunternehmen solche Plattformen nutzen und wie sich das Land generell zu solchen Plattformen stellt.